

jugend lexikon politik

Hilde Kammer
Elisabet Bartsch

handbuch
ro
ro
ro

072
5

800 einfache Antworten
auf schwierige Fragen

Hilde Kammer
Elisabet Bartsch

Jugendlexikon Politik

800 einfache Antworten
auf schwierige Fragen

Redaktion Juliane Killer
Umschlagentwurf Werner Rebhuhn

Originalausgabe

1.- 30. Tausend August 1974
31.- 50. Tausend Dezember 1974
51.- 58. Tausend September 1975
59.- 68. Tausend Januar 1976
69.- 83. Tausend Mai 1976
84.- 90. Tausend November 1976
(aktualisierte u. erweiterte Auflage)
91.-110. Tausend Februar 1977
111.-130. Tausend Januar 1978
131.-145. Tausend November 1978

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg, August 1974
Copyright © 1974 by Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Satz Aldus (Linotron 505 C)
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
580-ISBN 3 499 16183 4

R

Zu diesem Buch

Was ist der Unterschied zwischen paraphieren und ratifizieren?

Wie kommen Gesetze zustande?

Woraus leitet sich das Wort Agitation ab, und was bedeutet es?

Hat der Nulltarif etwas mit dem Manteltarif zu tun?

Jugendliche, für die das Lexikon gedacht ist, leben nicht in Schonräumen jenseits von Politik und Wirtschaft. Schule, Fernsehen, Zeitungen, Gespräche der Erwachsenen konfrontieren sie mit politischen Sachverhalten und Begriffen. Und wer kann schon auf die Frage «Was tut denn die UNESCO?» eine richtige und verständliche Antwort geben? Erklärungen in allgemeinen Lexika sind oft sprachlich zu kompliziert und werfen mehr Fragen auf, als sie beantworten. Das «Jugendlexikon Politik» versucht daher, 800 schwierige Begriffe verständlich und zuverlässig zu erklären.

Elisabet Bartsch – geboren 1932 in Berlin, Journalistin und Mutter von vier Töchtern – und

Hilde Kammer – geboren 1928 in Hamburg, Mutter von zwei Töchtern – leben in Berlin.

Das Jugendlexikon Politik erscheint in einer Reihe von Nachschlagewerken, die als Orientierungshilfen für Jugendliche in den Bereichen des öffentlichen Lebens und der persönlichen Entwicklung dienen sollen. Die Jugendlexika erläutern schwierige Begriffe, die in den Medien oder in Diskussionen häufig gebraucht werden. Sie klären darüber hinaus komplizierte Sachverhalte, die für Jugendliche mit dem Heranwachsen zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Die Reihe umfaßt sechs Bände:

1. Jugendlexikon Politik (rororo handbuch 6183)
2. Jugendlexikon Wirtschaft (rororo handbuch 6189)
3. Jugendlexikon Gesellschaft (rororo handbuch 6195)
4. Jugendlexikon Recht (rororo handbuch 6201)
5. Jugendlexikon Psychologie (rororo handbuch 6198)
6. Jugendlexikon Erziehung (rororo handbuch 6202)

Wir danken unseren Freunden, die uns ermutigten, wir danken
allen Fachleuten, die uns geholfen haben, dieses Buch zu schreiben.

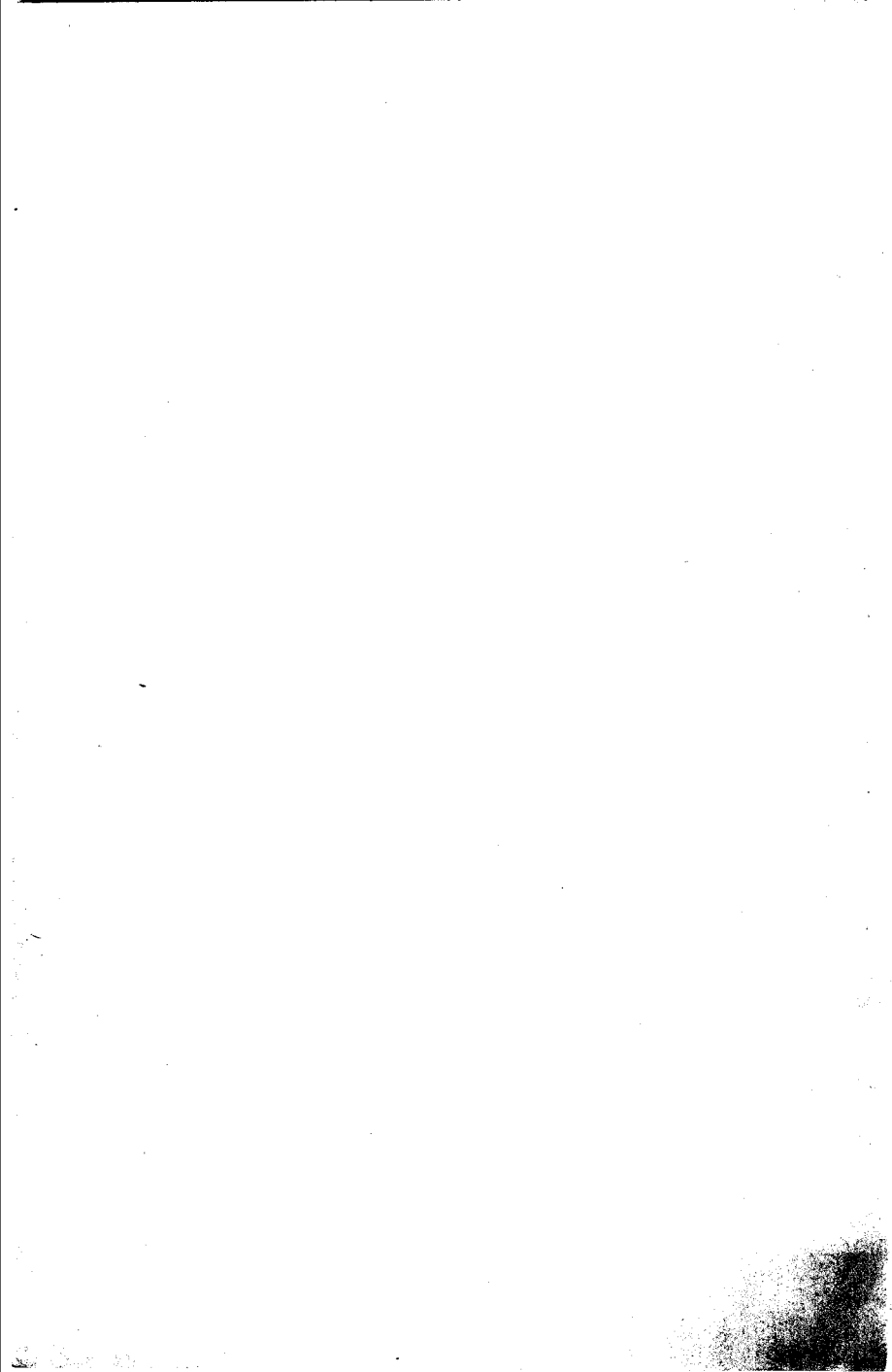
Berlin, April 1974

*Hilde Kammer
Elisabet Bartsch*



Ein paar Hinweise für die Leser:

1. Am Anfang des Buches, Seite 9 bis Seite 13, ist ein Register zu finden. In diesem alphabetischen Verzeichnis sind Begriffe aufgeführt, die nicht unter einer eigenen Überschrift, sondern innerhalb eines anderen Artikels erklärt werden: der Begriff «Aktie» zum Beispiel unter dem Begriff *Börse*, «Plenarsaal» unter *Plenum*.
2. In vielen Artikeln sind einige Wörter kursiv, das heißt schräg, gedruckt. Das bedeutet, sie sind als Begriff für sich im Buch erklärt. Wer sie nicht kennt oder nicht genau weiß, was sie bedeuten, kann sie also an entsprechender Stelle nachlesen.
3. Die am Schluß zahlreicher Begriffe stehende Aufforderung «Siehe . . .» bedeutet, daß die hier aufgeführten Begriffe zur Ergänzung gelesen werden sollten. «Siehe auch . . .» bedeutet, daß die angebotenen Begriffe gelesen werden können, wenn man Lust hat.



Register

Abstimmungsarten
Ahlener Programm
Akte
Aktienkurs
Aktionär
Amtsgerichte
Appeasementpolitik
Arbeitgeberverbände
ausschließliche Gesetzgebung
Aussperrung
Ausstand
auswärtiger Dienst

Berliner Blockade
Besatzungsstatut
besondere Gerichte
Betriebsverfassungsgesetz
Black Panther
Black Power
Bodenreform
Börsenkurs
Bürgerinitiative
Bummelstreik
Bundesamt für Verfassungsschutz
Bundesgerichtshof, BGH
Bundeskartellamt
Bundestagsdebatte
Bundestagspräsident

CENTO
Charta der Vereinten Nationen
CIA

demokratischer Zentralismus
Demontage
Depression
Deutscher Entwicklungsdienst, DED
Deutsches Reich
d'Hondtsches Höchstzahlverfahren
Diäten
Dienstleistungen
Dividende
Dokumentarfilm

siehe Bundestag
Parteien im Bundestag
Börse
Börse
Aktiengesellschaft
Gerichte
Münchener Abkommen
Tarif
Gesetzgebungskompetenz
Streik
Streik
Diplomat

Berlin
Deutschland-Vertrag
Gerichte
Betriebsrat
Bürgerrechtsbewegung
Bürgerrechtsbewegung
Agrar-
Börse
Initiative
Streik
Verfassung
Gerichte
Kartell
Lesung
Bundestag

Bagdadpakt
Vereinte Nationen
Geheimdienste

SED
Reparationen
Konjunktur
Entwicklungshilfe
Deutschland
Verhältnisswahl
Bundestagsabgeordnete
Wirtschaft
Aktiengesellschaft
Dokument

Einheitslisten	<i>siehe</i>	Nationale Front
Entnazifizierung		Nationalsozialismus
ERP		Marshalplan
Ersatzdienst		Wehrpflicht
Etatrecht		Haushaltsplan
Europäische Kommission für Menschenrechte		Europarat
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte		Deutschland-Vertrag
Europäische Verteidigungsgemeinschaft, EVG		Europarat
Finanzausgleich	<i>siehe</i>	Finanzen
Finanzhoheit		Finanzen
Floating		Abwertung und Aufwertung
föderativ		Föderalismus
Fragestunde		große und kleine Anfrage
Fraktionsdisziplin		Fraktion
Fraktionszwang		Fraktion
Freiburger Programm		Parteien im Bundestag
Freihandel		Europäische Freihandelszone
Gemeindeordnung	<i>siehe</i>	kommunal
Gemeinderat		kommunal
Gemeinsamer Ausschuß		Notstand
Geschworene		Gerichte
Gesetzesvorlage		Gesetzesinitiative, Gesetzgebung
gesetzgebende Körperschaft		Gesetzesinitiative
Grundstoffindustrie		Industrie
Haager Landkriegsordnung	<i>siehe</i>	Kriegsverbrechen
Haushaltsbewilligungsrecht		Bundestag, Haushaltsplan
Haushaltsrechnung		Bundesrechnungshof
Hegemonialmacht		Hegemonie
Hochkapitalismus		Kapitalismus
Hochrechnung		Demoskopie
Hoheitsgebiet, -gewässer		Staatsgebiet
imperatives Mandat	<i>siehe</i>	Mandat
industrielle Revolution		Industrie, Revolution
Informationspflicht		Information
Informationsrecht		Information
Internationale Atomenergieorganisation, IAEA		EURATOM
Interpellationsrecht		Bundestag, große und kleine Anfrage
Judikative	<i>siehe</i>	Gewaltenteilung, Rechtsprechung

kalter Krieg
Kanzlerprinzip
Kapitalgesellschaft
Kaufkraft
Kernwaffen
KGB
Kirchenvertrag
Koalitionsregierung
Kolchese
Kollegialprinzip
Komintern
kommunale Spitzenverbände
Kommunalverfassung
Kommunalwahlen
Kommunikationsmittel
konkurrierende Gesetzgebung
Konservatismus
Konstitution
konstitutionelle Monarchie
Konsumgüterindustrie
Konzeption
Kriegsdienstverweigerung
Kriegsrecht

Landesämter für
Verfassungsschutz
Landesrechnungshöfe
Landeszentralbanken
Landgerichte
Leninismus
Linksextremismus
Linksradikalismus
Lohnntarifvertrag
Luftbrücke

Manteltarifvertrag
Maoismus
Mehrwertsteuer
Militärregime
Ministerpräsidentenerlaß
Mobilmachung
Monopolkapitalismus
multinationale
Konzerne

Nachrichtendienste
Nordatlantikrat

siehe Ostblock und Westmächte
Bundeskanzler, Bundesregierung
Aktiengesellschaft
Abwertung und Aufwertung
nukleare Waffen
Geheimdienste
Konkordat
Bundesregierung
Sozialisierung
Bundesregierung
Internationale
kommunal
kommunal
kommunal
Kommunikation
Gesetzgebungskompetenz
konservativ
Verfassung
Monarchie
Industrie
Konzept
Wehrpflicht
Kriegsverbrechen

Verfassung

Bundesrechnungshof
Bundesbank
Gerichte
Kommunismus
links und rechts
radikal
Tarif
Berlin

siehe Tarif
Kommunismus
Steuern
Regime
Extremistenerlaß
mobilisieren
Kapitalismus

Konzern

siehe Geheimdienste
NATO

Notenbank
Notenwechsel
Nürnberger Prozesse

Oberlandesgerichte
Oberster Sowjet
OEEC
öffentliche Anhörung
Oligopol
ordentliche Gerichte
Organ

Pariser Kommune
Parlamentarischer
Staatssekretär
Parlamentarismus
persönlicher Referent
Plenarsaal, -sitzung
PLO
Politologie
Produktionsgenossenschaft
Produktionsgüterindustrie
Progression
Prozeßrecht
Pufferzone
Punkstreik

Radikalenerlaß
Rahmengesetze
Rahmenvorschriften
Rechtsextremismus
rechtsfähig
Rechtsradikalismus
repräsentative Umfrage
Ressortprinzip
Römische Verträge

Schöffen
Schwurgerichte
Secret Service
Sekretariat des Zentralkomitees
Senator
Sozialdemokratie
Sozialisation
Sozialistische Internationale
Soziallasten
Sowchose

Bundesbank
Note
Kriegsverbrechen

siehe Gerichte
Sowjet
Marshallplan
Hearing
Monopol
Gerichte
Oberste Bundesbehörden

Kommune
Staatssekretär
parlamentarische Demokratie
Referent
Plenum
Nachost-Konflikt
Politik
Sozialisierung
Industrie
progressiv
öffentliches Recht
Entmilitarisierung
Streik

Extremistenerlaß
Gesetzgebungskompetenz
Gesetzgebungskompetenz
links und rechts
juristische und natürliche Person
radikal
Demoskopie
Bundesregierung
Europäische Gemeinschaft

Gerichte
Gerichte
Geheimdienste
SED
Senat
Arbeiterbewegung
Resozialisierung
Internationale
Sozialversicherung
Sozialisierung

Soziologie
Spätkapitalismus
Staatsmonopol
Staatspartei
Staatsrecht
Stabilisierung
Ständiger Ausschuß
Stalinismus
Statistische Landesämter
Statistisches Bundesamt
Strafrecht
Strafrechtsreform
Sûreté

Tarifautonomie, -partner
Titoismus
Transitabkommen
Trotzkismus

Umweltschutz

Vereinbarungen über Reise-
und Besucherverkehr
Vergesellschaftung
Vermittlungsausschuß
Verwaltungsrecht
Vielparteiensystem
Volksentscheid, -vertretung
Vollbeschäftigung
Vortragsrecht
VVB

Währungsreform
Wahlrecht, -system
Warnstreik
Wechsel
Wechselkurs
Weltsicherheitsrat
Weltwährungsfonds
Wertpapier

Zehnerklub
Zentralbankrat
Zinsen
Zollunion
Zustimmungsgesetze

Gesellschaft
Kapitalismus
Monopol
Einparteiensystem
öffentliches Recht
Stabilität
Ausschüsse
Kommunismus
Statistik
Statistik
öffentliches Recht
StGB
Geheimdienste

Tarif
Kommunismus
Berlin
Kommunismus

Ökologie

Berlin
Sozialisierung, Sozialismus
Gesetzgebung
öffentliches Recht
Zwei- und Mehrparteiensystem
Volk
Konjunktur
Bundeskanzler
VEB

Berlin
Wahl
Streik
Diskontsatz
Abwertung und Aufwertung
Vereinte Nationen
Internationaler Währungsfonds
Aktiengesellschaft

Internationaler Währungsfonds
Bundesbank
Kredit
Zoll
Bundesrat

A

ABC-Staaten ist eine zusammenfassende Bezeichnung für die drei süd-amerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien und Chile.

ABC-Waffen ist eine zusammenfassende Bezeichnung für Bomben, Granaten oder Raketen, die nicht mit Sprengstoff, Napalm oder Phosphor, sondern mit atomaren, biologischen oder chemischen Kampfmitteln gefüllt sind. A-Waffen sind zum Beispiel Atombomben, B-Waffen sind zum Beispiel Bomben, die mit Krankheitserregern gefüllt sind, C-Waffen sind zum Beispiel Giftgase.

Siehe auch *konventionelle Waffen, nukleare Waffen*.

Abgeordnete sind vom Volk gewählte Mitglieder eines Parlaments, zum Beispiel eines Landtages oder des Bundestages. Sie vertreten das ganze Volk, gleichzeitig auch die Interessen ihrer Wähler und ihres Wahlkreises.

In der Regel sind Abgeordnete Mitglieder von Parteien. Aufgabe der Abgeordneten ist, Gesetze zu beraten und zu beschließen und außerdem die Maßnahmen der Regierung zu überwachen. Um die Wünsche und Bedürfnisse seiner Wähler im Parlament vertreten zu können, muß ein Abgeordneter eine möglichst enge Verbindung zu seinen Wählern halten.

Siehe *Bundestagsabgeordnete, repräsentative Demokratie, Wahl*.

Abrüstung, bei einer Abrüstung wird die Rüstung eingeschränkt: es können zum Beispiel die Streitkräfte vermindert oder weniger Waffen hergestellt werden. Zur Rüstung gehören alle Mittel, um Krieg führen zu können: Waffen und militärische Einrichtungen,

auch Pläne und Vorbereitungen für einen Krieg.

Früher wurden die Besiegten von den Siegern immer gezwungen abzurüsten, um einen neuen Krieg zu vermeiden. Heute gibt es auch im Frieden Verhandlungen über Abrüstung, und zwar unter gleichberechtigten Staaten. Ausgangspunkt für diese Verhandlungen ist, daß die beteiligten Staaten keinen Krieg wollen und nur zur Verteidigung rüsten. Die Verhandlungen ziehen sich vor allem deshalb oft über Jahre hin, weil die gegenseitige Überwachung der Abrüstung schwierig ist.

Siehe auch *Atomwaffensperrvertrag, SALT, KSZE, MBFR*.

absolute Mehrheit, siehe *Mehrheit*.

Abwertung und Aufwertung sind Begriffe aus der Wirtschaft.

Jedes Land hat seine Zahlungsmittel, seine Währung, also sein eigenes Geld. Die Geldeinheit in der Bundesrepublik Deutschland heißt Deutsche Mark, in den USA Dollar, in der Sowjetunion Rubel.

Damit die Menschen in anderen Ländern Waren kaufen und verkaufen und dorthin verreisen können, müssen sie die Möglichkeit haben, ihr Geld zu tauschen. Dazu muß der Wert der verschiedenen Geldeinheiten berechnet werden, und zwar mit Hilfe des Preisvergleichs von sehr vielen Waren, wie etwa Lebensmitteln, Maschinen, Mieten, Häusern und so weiter. So wird schließlich bestimmt, wieviel Deutsche Mark zum Beispiel wieviel französischen Francs entsprechen: ein Wechselkurs wird festgelegt. Er gründet sich auf die sogenannte Kaufkraft der einzelnen Währungen und legt ihr Verhältnis zueinander fest. Im April 1974 entsprach zum Beispiel ein US-Dollar etwa 2,57 DM. Die Regierungen der

Länder sind bemüht, den einmal festgelegten Wechselkurs beizubehalten, damit sich jeder vor allem im Außenhandel und bei Auslandsreisen darauf verlassen kann. Wenn sich aber nach einigen Jahren die Preise aller wichtigen Waren in den verschiedenen Ländern verändert haben, muß der Wechselkurs neu festgelegt werden. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: es können Abwertungen oder Aufwertungen notwendig werden, oder es kann zu einem sogenannten Floating kommen.

Zu einer Abwertung kommt es, wenn die Preise zum Beispiel in Frankreich mehr steigen als in den anderen Ländern. Niemand wird dann mehr in Frankreich kaufen wollen, wenn der Wechselkurs unverändert bleibt. Gleichzeitig werden die Franzosen bestrebt sein, ihr Geld im Ausland auszugeben, wo die Preise niedriger sind. Frankreich wird bei anderen Ländern Schulden machen, weil es mehr Waren einführen als ausführen wird. Das Gleichgewicht kann wieder hergestellt werden, wenn Frankreich den Wert des Franc so herabsetzt, daß er der tatsächlichen Kaufkraft wieder entspricht.

Zu einer Aufwertung führen die umgekehrten Verhältnisse: wenn zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland die Preise niedriger sind als in anderen Ländern. Franzosen, Belgier und Holländer können dann in der Bundesrepublik billiger einkaufen als in ihren eigenen Ländern. Auf den deutschen Banken häufen sich die Zahlungsmittel anderer Länder, die weniger wert sind als die Deutsche Mark. Nur wenige Deutsche werden noch im Ausland kaufen. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, kann die Bundesrepublik aufwerten: sie setzt den Wert der DM herauf. Jetzt können für Deutsche Mark zum Beispiel mehr Francs eingewechselt werden als bisher. Waren aus

anderen Ländern werden in der Bundesrepublik wieder billiger, gleichzeitig werden natürlich deutsche Waren im Ausland teurer. Floating bedeutet, daß man die festen Wechselkurse aufhebt und nicht sofort amtlich einen neuen Kurs bestimmt. Durch Angebot und Nachfrage wird sich dann ein neuer Kurs einpendeln. Siehe auch *Devisen*.

Administration heißt Verwaltung. Siehe *Verwaltung*.

ADN ist die Abkürzung für «Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst», das Nachrichtenbüro der DDR.

Ein Nachrichtenbüro oder eine Nachrichtenagentur, wie man auch sagt, vermittelt Nachrichten aus aller Welt an Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender.

Ältestenrat, der Ältestenrat wird nicht etwa aus den ältesten, sondern aus den besonders erfahrenen Mitgliedern eines *Parlaments* gebildet.

Der Ältestenrat des *Bundestages* besteht aus dem Bundestagspräsidenten, seinen Stellvertretern und weiteren *Abgeordneten*, die von den *Fraktionen* bestimmt werden. Er vereinbart mit den Fraktionen den Arbeitsplan des Parlaments, zum Beispiel die *Tagesordnungen* und die Dauer der Redezeit. Die vom Ältestenrat getroffenen Übereinkünfte werden vom Parlament in der Regel anerkannt.

AFP ist die Abkürzung für «Agence France-Press», die unabhängige Nachrichtenagentur Frankreichs.

Eine Nachrichtenagentur vermittelt Nachrichten aus aller Welt an Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender.

Agent heißt allgemein Vermittler und Vertreter.

Ein Theateragent zum Beispiel vermittelt

telt Schauspieler oder Sänger an Theater und Opernhäuser, und er wird von den Künstlern dafür bezahlt.

Ein *politischer Agent* handelt im Auftrage eines *Staates* oder einer *Partei*. Er vermittelt geheime Nachrichten und wird dafür bezahlt.

Siehe auch *Spionage*.

Agent provocateur ist ein französischer Begriff und heißt soviel wie Lockspitzel. Aufgabe eines Agent provocateur ist, sich unter die Mitglieder einer staatsfeindlichen Gruppe zu mischen und so zu tun, als sei er einer von ihnen. Er reizt die Gruppe, irgend etwas Strafbares zu tun, was dann der Polizei oder der Regierung ermöglicht, einzugreifen.

Aggression, der kriegsartige Angriff eines *Staates* oder mehrerer Staaten gegen einen anderen wird als Aggression bezeichnet. Der angreifende Staat wird als Aggressor bezeichnet. Angriffskriege sind Verbrechen gegen den Frieden. Auch Aufhetzung und Verleumdung sind Formen von Aggression. Als Aggression wird auch feindseliges Verhalten von Menschen bezeichnet. Man nennt einen Menschen aggressiv, wenn er durch sein Verhalten einem anderen von mehreren anderen Menschen Leid zufügt.

Siehe auch *Kriegsverbrechen*.

Agitation, das Wort ist abgeleitet von dem lateinischen Verb *agitare*, das heißt aufrühren oder beunruhigen. Wer agitiert, rührt also etwas auf oder beunruhigt jemanden.

Wenn ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen, zum Beispiel eine *Partei*, andere von einer Idee überzeugen will, werden öffentliche Versammlungen oder Demonstrationen veranstaltet, Flugblätter verteilt oder Reden in Fernsehsendungen gehalten, um auf

sich und die Idee aufmerksam zu machen. Das alles sind verschiedene Formen und Möglichkeiten der Agitation.

Agrar- wird als Vorsilbe benutzt und hat die Bedeutung von Landwirtschafts- oder Boden-. Ein Agrarstaat ist ein *Staat*, in dem hauptsächlich Landwirtschaft betrieben wird.

Eine Agrarreform war früher nur eine Bodenreform, also eine Neuverteilung von Grund und Boden in einem Land. Heute wird mit Agrarreform eine allgemeine Neuordnung der Landwirtschaft bezeichnet: sie bezieht sich nicht allein auf die Bodenfläche, sondern auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe.

Agreement ist ein englisches Wort und wird ohne deutsche Übersetzung angewendet. Es heißt soviel wie Vereinbarung und Übereinkunft.

Ein Agreement ist zum Beispiel die Vereinbarung zwischen zwei *Staaten*, ihre gegenseitigen Beziehungen auf einem bestimmten Gebiet zu verbessern. Ein Agreement ist auch der Beschluß zweier Menschen, von jetzt an einem dritten Menschen gegenüber freundlicher zu sein.

In jedem dieser zwei Fälle muß die Übereinkunft der beiden Partner nicht schriftlich festgelegt werden. Grundlage des Übereinkommens und gegenseitige Sicherheit ist die Glaubwürdigkeit der beiden Partner.

Agrément ist ein französisches Wort und wird ohne deutsche Übersetzung in der Sprache der *Diplomatie* angewendet. Es heißt soviel wie Einverständnis. Die Niederlande ernennen und entsenden zum Beispiel einen neuen Botschafter in die Bundeshauptstadt Bonn. Die Zustimmung der *Bundesregierung*, diesen Botschafter als Vertreter der Niederlande anzuerkennen, heißt *Agrément*.